Nr. 158 XXVIII. Jahrgang — Freitag, 25. Juni 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13638, 13697, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: Grundzeile, 82 mm breit, M. 2.—, für das Ausland M. 10.—, Reklamezeile, 82 mm breit, M. 6.—, mit Platzvorschrift M. 7.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Ziffern- oder Nachweis 10 u. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Nachtabonnenten 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.25, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.60, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Die Schwierigkeiten der Kabinettsbildung

Aus Berlin wird uns gedrahtet:

Die Verhandlungen über die Lösung der Krise werden weitergeführt, haben aber bis zur Stunde ein Ergebnis noch nicht erbracht. Das Bild wechselt ständig. Der Reichspräsident ist in gleichem Maße wie der Reichskanzler bemüht, die Mehrheitssozialisten von ihrem Standpunkt abzubringen und die Einwilligung in eine Formel zu erreichen, die, wenn auch nicht dem Buchstaben, so doch dem Inhalt nach ein Vertrauensvotum für die Koalition Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten bedeuten würde. Ein Erfolg ist aber bisher noch nicht zu buchen.

Die Parteiberatungen führten nicht über das hinaus, was bereits vorgestern sich als negatives Ergebnis aus den Besprechungen ergeben hatte. Die Sozialdemokraten brachen ihre Sitzung ab, ohne ihre Stellungnahme zu ändern oder auch nur andeutungsweise zu erörtern. Auch in der Deutschen Volkspartei sind noch einige Fragen zu klären, bevor von einer Einigung zwischen ihr und den übrigen Parteien über das etwaige Aussehen eines Koalitionskabinetts gesprochen werden könnte. Das frühzeitige Ausscheiden der Sozialdemokraten aus den Kombinationsmöglichkeiten in der Erörterung vom gestrigen Tage hat es den Demokraten unmöglich gemacht, ihrerseits in ihren Fraktionssitzungen zu einem abschließenden Ergebnis zu kommen. Man kam nach der Wahl der Fraktionsvorsitzenden, zu welchen die Abgeordneten Schiffer, Petersen und Erkelenz gewählt wurden, nicht zu weiteren, positiven Entschlüssen in der Kabinettsfrage.

Es wird hier als bemerkenswert angesehen, daß Müller und Löbe in der entscheidenden Sitzung der Sozialdemokraten für eine Formel in entgegenkommendem Sinne eintraten, aber mit nur wenigen Anhängern in der Minderheit geblieben sind. Wenn in diesem Zusammenhang von neuen Verhandlungen der beiden sozialistischen Parteien zur Bildung einer reinsozialistischen Regierung gesprochen wird, so ist, wie uns in unterrichteten unabhängigen Kreisen versichert wird, diese Nachricht unzutreffend. Derartige Verhandlungen sind nicht im Gange.

*

Der optimistische Ton in den Mitteilungen über Fehrenbachs Fortschritte ist nach den Informationen des „Vorwärts" nicht unberechtigt. Allerdings werde es, wie die „Voss. Ztg." meint, nicht möglich sein, bis zur heutigen Eröffnungssitzung des Reichstages die Kabinettsbildung zu beenden. So sehr die Verlängerung der Krise zu bedauern sei, so gering wäre die praktische Bedeutung der Tatsache, daß der Reichstag sich heute und vielleicht auch morgen noch ohne die neue Regierung behelfen wird. Zunächst habe er mit sich selbst zu tun. Er müsse sich konstituieren und in der zweiten Sitzung sein Präsidium wählen.

Der „Lokalanz." will aus Kreisen der Deutschen Volkspartei erfahren haben, daß die endgültigen Verhandlungen über die Entpolitisierung der Wirtschaft durchaus zufriedenstellend verlaufen seien. Es werde bestimmt damit gerechnet, daß das Kabinett der Mitte zustandekommt.

Der „Vorwärts" schreibt: Einer Regierung der bürgerlichen Mitte auf die Beine zu helfen, sei die Aufgabe der an ihr beteiligten Parteien, nicht der Sozialdemokratie. Diese werde es nicht unterlassen, den Werdeprozeß der neuen Regierung zu fördern. Sie werde es unterlassen, der neuen Regierung ein Mißtrauensvotum aufzustellen, sofern ihre Zusammensetzung und ihr Programm dem entspricht, was darüber bekannt geworden sei.

Man kann nach alledem doch damit rechnen, daß, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, ein Koalitionsministerium zustande kommt, das arbeitsfähig ist. Ein Berliner Korrespondenzbureau weiß zu melden, die alte Koalition rechne jetzt ernstlich mit ihrer baldigen Wiederkehr. Mittwoch abend hatten vertrauliche Besprechungen der Mehrheitssozialisten mit den Demokraten stattgefunden und in der Fraktionssitzung der Mehrheitssozialisten seien gleichfalls die Möglichkeiten einer baldigen neuen Koalition der drei Parteien besprochen worden. Auch hier handelt es sich offenbar nicht um bestimmte Schritte zu einem Kabinett der alten Koalition, das immerhin aber als Ausweg möglich erscheint, wenn Fehrenbachs Bemühungen in andrer Richtung scheitern sollten.

Aller Voraussicht nach wird, wenn sich nicht noch im Laufe des heutigen Vormittags das neue Kabinett gebildet hat, der Reichstag heute nachmittag um 3 Uhr ohne Regierung zusammentreten. Ein Fall, wie er kaum noch dagewesen ist. Der Reichskanzler stünde dann allein dem Parlament gegenüber, „ohne ministerielle Bekleidungsstücke". Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß sich die Parteien endlich darauf besinnen, daß es etwas Wichtigeres politisch zu tun gibt als Parteipolitik, und daß der Zustand einer nicht einmal mehr latenten Anarchie schleunigst beendigt werden muß.

*

Die erste Reichstagssitzung

+ Berlin, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der neue Reichstag tritt nunmehr heute nachmittag 3 Uhr zu einer konstituierenden Sitzung zusammen. Sie wird nur von kurzer Dauer sein, wahrscheinlich eine halbe Stunde nicht überschreiten. Während in der kaiserlichen Zeit die Eröffnung unter großem Aufgebot im Weißen Saale des königlichen Schlosses erfolgte, wird sie diesmal von geschäftsordnungsmäßiger Nüchternheit sein. Zwar gehen ihr Gottesdienste im Dom und in der Hedwigskirche voraus, doch sind diese nicht offiziell, sondern auf private Anregungen einiger Abgeordneter anberaumt. Die erste Sitzung des neuen Reichstages wird nicht, wie das früher üblich war, vom ältesten Mitgliede des Hauses geleitet, sondern vom Präsidenten der Nationalversammlung, und, weil dieser inzwischen Reichskanzler wurde, so wird einer seiner Amtsgenossen an seine Stelle treten. Die Konstituierung ist eine reine Formsache und wird schnell vor sich gehen. Es muß dann eine neue Sitzung für die Präsidentenwahl angesetzt werden, die wahrscheinlich am Freitag vor sich geht. Schon heute besteht kein Zweifel darüber, daß dieses wichtige Amt auf den Sozialdemokraten Loebe (Breslau) fallen wird, der in der Nationalversammlung erst hinter Fehrenbach, Haußmann und Dietrich (Potsdam) rangierte und von der vierten Stelle nunmehr an die erste treten soll. An parlamentarischen Kreisen ist es bekannt, daß Löbe sich auf seinem bisher dekorativen Posten nicht sehr wohl fühlte, und er hat sein Amt als Reichstagspräsident nur ganz ausnahmsweise, meisterhaften Schluß der Tagung, ausgeübt. Er gilt als klug- und geschäftsgewandter Mann, dem man wohl die Fähigkeit zutraut, das ihm zugedachte neue Amt als Repräsentant der neuen Volksvertreter auszufüllen.

Die Vorstellung des neuen Kabinetts wird vor der nächsten Woche nicht erwartet, weil Kabinettsbildung und Festsetzung des Programms vorher kaum erledigt sein werden. Bis dahin wird der Reichstag seine eigenen Angelegenheiten erledigen. Das Programm dafür wird die heutige erste Tagung des Aeltestenausschusses aufstellen, in der weiter die Fraktionsräume verteilt und die interimistischen Anordnungen des Reichstagsdirektors gutgeheißen werden sollen. Für den Aeltestenrat, der eine ganze Menge Arbeit vorfindet, ist infolgedessen eine längere Zeit in Aussicht genommen, als er gewöhnlich benötigte.

*

Das neue Kabinett

+ Berlin, 24. Juni, 2 Uhr mittags. (Eigener Drahtbericht.) **Wie wir erfahren, wird das Kabinett Fehrenbach nach Abschluß der Verhandlungen am heutigen Vormittag aus folgenden Persönlichkeiten bestehen:**

Reichskanzler: Fehrenbach (Zentr.)
Stellvertretender Reichskanzler und Reichsjustizminister: Dr. Heinze (D. Vp.)
Reichsminister des Innern: Dr. Koch (Dem.)
Reichsminister des Auswärtigen: Simons (Dem.)
Reichsfinanzminister: Dr. Wirth (Zentr.)
Reichsschatzminister: v. Raumer (D. Vp.)
Reichswehrminister: Dr. Geßler (Dem.)
Reichsverkehrsminister: Groener (parteilos)
Reichspostminister: Giesberts (Zentr.)

Der Reichsarbeitsminister ist noch nicht bestimmt. Das Reichswirtschaftsministerium ist dem Oberbürgermeister von Charlottenburg Dr. Scholz angeboten worden. Es steht aber noch nicht fest, ob er diesen Posten übernehmen wird.

*

Die Entente-Botschafter in Berlin

+ Berlin, 24. Juni. (Eig. Drahtbericht.) **Die französische Regierung hat zu ihrem Botschafter in Berlin Charles Laurent ernannt und das von der deutschen Regierung eingeforderte Agrément bereits erhalten. Laurent wurde wiederholt mit finanziellen Missionen der französischen Regierung im Ausland betraut und gehört dem Verwaltungsrat und Aufsichtsrat verschiedener großer Industriezweige an. Als englischer Botschafter in der deutschen Reichshauptstadt ist Sir Francis Edgar Vincent in Aussicht genommen, der bisher politisch wenig hervorgetreten ist. Italien wird seinen gegenwärtigen Berliner Geschäftsträger de Martino als Botschafter in Deutschland lassen. de Martino befindet sich gegenwärtig zu Besprechungen in Rom.**

*

Erzbergers Wiederkehr

Erzberger erschien gestern, wie uns aus Berlin berichtet wird, zum ersten Male wieder im Reichstagsgebäude. Er hielt während der Beratung der Zentrumsfraktion eine mehrstündige Rede, in der er u. a. erklärte, daß der Helfferich-Prozeß noch lange nicht entschieden sei, da er Revision eingelegt hätte. Von seiten der Gewerkschaftler wurde Erzberger unterstützt, und diese drohten, aus der Zentrumsfraktion auszutreten, wenn sein Ausscheiden aus dem Zentrum erzwungen würde. Wie der „Lokalanz." mitteilt, beschloß die Fraktion, daß Erzberger vorläufig Abgeordneter der Zentrumspartei bleibt.

Ein Antrag auf allgemeine Amnestie

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern nach der Vornahme von Vorstandswahlen beschlossen, den Antrag einzubringen, die Regierung zu ersuchen, den Entwurf eines allgemeinen Amnestiegesetzes vorzulegen, durch den die Strafreste entsprechend der Bielefelder Vereinbarung vom 29. März gewährleistet wird. Durch diesen Antrag wird mit Geltung im ganzen Reiche eine Amnestie im Sinne des Bielefelder Abkommens gefordert.

Warum dieser Antrag gerade in diesem kritischen Augenblick erfolgt, das läßt sich kaum aus andern als rein parteiwerbenden Gründen erklären. Ueberall wird die Unzufriedenheit mit den Unerquicklichkeiten unsres doch für alle trüben Daseins von Radikalisten und geborenen Aufwiegelern benützt, um Haß und neue Gewalttat zu predigen. Man kann also nicht wohl behaupten, es werde irgendwo von der Seite derer Versöhnlichkeit auch nur leise bekundet, deren Anhänger oder Nachläufer, die mit Maschinengewehren und Handgranaten erst vor kurzem wieder „praktische Politik" gemacht haben, jetzt strengster Bestrafung entgegen werden sollen.

Der Antrag zielt dahin, eine für das ganze Reich geltende Amnestie durchzusetzen. Gerade im gegenwärtigen Augenblick möchte aber eine derartige Maßnahme doch doppelt bedenklich erscheinen. Die überall künstlich durch Verhetzung geschürte Gärung hat gerade jetzt wieder in manchen Städten zu blutigen Krawallen, Plünderungen und schweren Schädigungen unbeteiligter Bürger geführt. Durch solche Amnestieerlasse wird aber lediglich erzielt, daß die Hauptübeltäter, die sich bei solchen Gelegenheiten besonders hervorzutun pflegen, zu weiteren Heldentaten geradezu ermutigt werden. Wenn wir in Deutschland endlich zur Ruhe kommen wollen, dann muß jede Nachgiebigkeit und Milde aufhören gegen Leute, die Haß und Gewalt und Totschlag andersdenkenden oder ihnen sonstwie unbequemer Volksgenossen nicht nur als Allheilmittel anpreisen, sondern das Mittel auch rücksichtslos anwenden. Sonst kommen wir noch zu Prämien für die „Politiker", die plündern und sengen und schießen. Nur wenn diese Elemente sehen, daß die Gerechtigkeit trotz dem politischen Mäntelchen, das sie ihren Untaten umzuhängen belieben, zuzufassen in der Lage und gebührend zu bestrafen fähig ist, werden sie von ihrem gefährlichen, dem Wiederaufbau Deutschlands immer von neuem empfindlich störenden Treiben ablassen. Mit derartigen Amnestieerlassen aber, wie sie die sozialdemokratische Reichstagsfraktion jetzt verlangt, erreicht man zum schwersten Schaden der Gesamtheit gerade das Gegenteil.

Das deutsche Milliarden-Defizit

B. Berlin, 24. Juni. (Eig. Drahtbericht.) **Das Gesamtdefizit aller Reichsressorts für die Monate April und Mai beläuft sich nach zuverlässiger parlamentarischer Information auf 6¾ Milliarden Mark. Der Rückgang der Reichseinnahmen in den beiden Monaten beträgt im Verhältnis zum Voranschlag fast 30 Prozent.**

Erhöhung des alliierten Besatzungsheeres

⊙ Genf, 24. Juni. (Eig. Drahtbericht.) **Der „Matin" meldet, die Alliierten haben die Stärke der alliierten Besatzungsarmee in Deutschland vom 1. August an auf 132 000 Mann erhöht.**

*

Noch kein Abschluß der deutschen Fragen

kg. Rotterdam, 24. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der erste Reuterbericht über die Konferenz in Boulogne ist am 22. Juni früh erschienen. Er stellt fest, daß die Verhandlungen über die deutschen Fragen in Boulogne noch nicht abgeschlossen wurden, daß aber eine Uebereinstimmung der Alliierten hinsichtlich der von Deutschland zu fordernden Sicherheiten erzielt sei. Diese Sicherheiten seien wirtschaftliche Vorrechte, Pfänder und Uebertragung von Kontrollrechten an die Alliierten.

*

Die Herabsetzung der Reichswehr auf 100 000 Mann

ITA. Paris, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Nach den Abendblättern sind der deutschen Delegation heute die Beschlüsse über die Durchführung der militärischen Klausel des Friedensvertrages von Versailles notifiziert worden. Es handelt sich um die Fragen der Herabsetzung der Reichswehr, um die Zerstörung des deutschen Luftfahrtmaterials und um die allgemeine Ausführung aller militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages.

* Bern, 24. Juni. Nach einer Pariser Meldung wird die Antwort auf die deutsche Note fordern, daß die deutsche Armee auf 100 000 Mann gebracht wird. Die noch vorhandenen 15 000 Geschütze dürfen nicht zerstört, sondern müssen an die Alliierten ausgeliefert werden. Nach einer andern Lesart, nämlich nach dem „Echo de Paris", sollen aus diese Geschütze, und zwar 6000 im Monat, zerstört werden. — Laut „Times" soll die in der Entwaffnungsfrage an Deutschland gerichtete Note den deutschen Einwendungen insofern Rechnung tragen, als sie die Erhöhung der Polizeitruppe von 80 000 auf 150 000 Mann genehmigt.

*

Die deutsche Schuldsumme

⊙ Genf, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der „Temps" schätzt die Gesamtsumme der vorläufig geheimgehaltenen, in Boulogne festgesetzten 37 Jahresraten Deutschlands an die Alliierten einschließlich der Zinsen auf 180 Milliarden Goldmark.

ITA. London, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Berichterstatter des „Daily Chronicle" in Boulogne meldet, daß man eine in Hythe bereits zwischen England und Frankreich vereinbarte Regelung der deutschen Entschädigung beschlossen habe, die eine Vereinigung englischer und französischer Vorschläge darstelle. England habe den wichtigsten Grundsatz durchgesetzt, daß eine festbegrenzte Summe als Höchstleistung von Deutschland verlangt werde, die sich ungefähr in der Höhe von 5 Milliarden Pfund, gleich 100 Milliarden Goldmark, bewegen werde. Zur Abtragung dieser festen Summe sollen jedoch bewegliche jährliche Teilzahlungen festgesetzt werden, die mindestens 150 Millionen Pfund, gleich 3 Milliarden Goldmark, betragen sollten, aber sich selbsttätig erhöhen, je nachdem sich Deutschland wirtschaftlich erhole.

*

Lloyd George ist zufrieden

Lloyd George sagte nach einer Londoner Meldung über die Boulogner Konferenz, die Deutschen hätten anscheinend erwartet, daß die Meinungen geteilt seien. Sie würden aber finden, daß die Alliierten einig und entschlossen wie immer seien. Ueber die Entwaffnung Deutschlands habe die Konferenz auf Grund eines englischen Vorschlages strenge Beschlüsse gefaßt. Die Ergebnisse der Besprechungen in Hythe und Boulogne seien sehr hoch anzuschlagen. Auf die Frage wegen des Betrages der deutschen Gesamtentschädigung lehnte Lloyd George eine Antwort ab. Die Alliierten warteten zunächst ab, welche Vorschläge die Deutschen in Spa selbst machen würden.

*

„Eine Konferenz für nichts"

Die Pariser Blätter äußern sich über das Ergebnis der Konferenz von Boulogne im allgemeinen zurückhaltend. „Journal" findet den Gedanken, die internationale Anleihe durch die deutschen Zollmaßnahmen sicherzustellen, ausgezeichnet. In der „Action française" heißt es, man sei neugierig, wie 1885 beispielsweise die deutsche Zollverwaltung Ostpreußen und Schlesien kontrollieren wolle. „Homme libre" kennzeichnet das Ergebnis der Konferenz durch das Wort „Eine Konferenz für nichts". „Humanité" ist der Ansicht, daß die Kompensationen von Boulogne unendlich weniger seien als die, die man im Laufe der ersten Zusammenkunft in Hythe gefunden habe. Man könne mit dem zu erhoffenden Betrage nicht einmal das zurückzahlen, was die Alliierten Frankreich während des Krieges vorgeschossen hätten.

*

Der italienische Einspruch

ITA. Rom, 24. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Einspruch des Ministers Sforza gegen die Beschlüsse von Hythe wird von der gesamten italienischen Presse, die sich mit seltener Einmütigkeit um das Ministerium Giolitti schart, gebilligt.

*

Die Botschafterkonferenz beschließt ...

Die Botschafterkonferenz soll einen Vorschlag in Erwägung, die Volksabstimmung im Teschener Gebiet durch ein Schiedsgericht zu ersetzen. Die Konferenz beschloß, daß die Deutschen die Arbeitskräfte zur Zerstörung des Luftschiffmaterials selbst zu stellen haben. Sie beschloß ferner, Deutschland verantwortlich zu machen für die Zerstörung der Zeppeline, die außerhalb der Kontrolle der Alliierten erfolge.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit dem Deutschen Reiche

Aus Prag wird uns geschrieben:

Die Anfang Mai in Berlin begonnenen Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Tschecho-Slowakei und Deutschland werden gegenwärtig in Prag fortgesetzt. Es sind aber mehr als bloße Wirtschaftsverhandlungen. Denn auf dem Programm stehen verschiedene Bestimmungen, die der Friedensvertrag von Versailles zugunsten der Tschecho-Slowakei statuiert hat. Es gibt eine große Anzahl Fragen, an deren Lösung Deutschland das gleiche Interesse hat wie die Tschecho-Slowakei. Artikel 363 des Friedensvertrages gewährleistet dem tschechischen Staate den Gebrauch der Häfen von Hamburg und Stettin für einen Zeitraum von 99 Jahren in Form der Verpachtung. Zunächst war die Freude der Tschechen, an diesen zwei Häfen Anteile zu gewinnen, recht groß; als sie aber Sachverständige zu Rate zogen, die den Wert derartiger Freizonen als sehr problematisch darstellten, wurde der tschechischen Regierung klar, daß das bloße Recht des Gebrauches der nördlichen Häfen noch nicht die Möglichkeit des Rechtsgebrauchs in sich schließe. Es mag ungefähr an die sechs Monate her sein, daß Abgesandte der Hansastädte in Prag waren, um die durch den Friedensvertrag aufgeworfene Frage zu bereinigen. Soviel man hört, bestand damals die Absicht, der Tschecho-Slowakei die Benützung des gesamten Hafens mit seinen ganzen Anlagen zu gestatten, falls sie auf das Pachtrecht verzichtete. Denn die Rentabilität, dem die Unrentabilität des Hafens bei bloßem Durchgangsverkehr war außer Frage. Die Tschechen hätten damals gern durchgesetzt, daß die deutsche Regierung von der Bestimmung, daß die Tschecho-Slowakei den Hafen nur zum unmittelbaren Durchgangsverkehr der Güter von und nach diesem Staate zu benützen hat, keinen Gebrauch mache, sondern daß die tschecho-slowakischen Hafenanlagen durch Beteiligung am Seefrachtgeschäfte des deutschen Handels rentabler gestaltet werden. Zu einer Einigung ist es offensichtlich nicht gekommen und es bleibt dem in dieser und nächster Woche stattfindenden Schiffahrtsverhandlungen, die deutscherseits vom Gesandten Dr. Seeliger werden geführt werden, überlassen, die Artikel 363 und 364 praktisch zu verwerten.

Ein zweiter Verhandlungsgegenstand ist der gerade im Zeitpunkt der Ankunft der deutschen Delegierten in Prag durch eine Erklärung des hiesigen Arbeitsministeriums akut gewordene Kohlenkonflikt. Bekanntlich besteht zwischen den beiden Staaten ein Uebereinkommen, demzufolge Deutschland gegen Beistellung eines gewissen Quantums nordböhmischer Braunkohle oberschlesische Kohlen zu liefern hat. Das Arbeitsministerium, das infolge des Kabinettwechsels einen neuen Minister erhalten hat, war nun — vielleicht aus diesem Grunde — der Ansicht, daß die Quote böhmischer Braunkohle infolge ihres Kalorienge halte größer sei als die Quote der von Deutschland gelieferten oberschlesischen Kohle. Es ist nicht klar, welcher der beiden Staaten zuerst die Ausfuhr seines Kontingents inhibierte, Tatsache ist, daß der Kohlenkompensationsverkehr plötzlich eingestellt war und daß die Slowakei, die zu 70 Prozent mit oberschlesischer Kohle versorgt wurde, seit der Einstellung der deutschen Kohlenlieferungen nahe daran war, ihre Industrie einstellen zu müssen. Daß es zu einer Einigung bisher nicht kommen konnte — obzwar sie in Aussicht steht —, ist teils in der Sachlage begründet, teils aber auch darin, daß die Verhandlungen von beiden Seiten von Beamten geführt wurden, die nicht Sachverständige im Kohlenfache sind. Die Schwierigkeiten nehmen ihren Ausgang von der Kohlensteuer; entgegen den Absichten der beiderseitigen Gesetzgeber fällt die Ein- und Ausfuhrkohle unter Doppelbesteuerung, so daß sich die böhmische Braunkohle in Deutschland gegenüber den deutschen Brennmaterialien wesentlich höher im Preise stellt. Keine der beiden Finanzverwaltungen hat sich bisher zu den natürlichen Zugeständnissen verstehen können, die die Grundlage der Ein- und Ausfuhr bilden müßten.

Hierzu kommt ferner die Beschwerde der deutschen Abnehmer über die Brüchigkeit eines großen Teiles der aus Böhmen gelieferten Braunkohle. Tatsächlich kommen kaufmännische Rücksichten auf den wirklichen Bedarf des Verbrauchers bei der bureaukratischen Handhabung nicht zur Geltung. In der Tschecho-Slowakei haben die Industriellen, namentlich die Besitzer ober- und niederschlesischer Kohle, die Gefahr bereits erkannt und ihren Einfluß zur Lösung des Konflikts geltend gemacht.

Die deutschen Vertreter in Prag dürften gegen Verletzung der Tschecho-Slowakei auf das ihr aus dem Friedensvertrage zustehende Recht, reichsdeutsches Eigentum in der Tschecho-Slowakei gegen Vergütung an den Besitzer zwangsweise zu übernehmen, eine Erhöhung der deutschen Kohlenlieferungen anstreben.

Auch die aus den Artikeln 84 ff. (Optionsrechte) des Friedensvertrages resultierenden Probleme bilden einen Beratungspunkt. Nach Artikel 85 haben deutsche Reichsangehörige, die ihren dauernden Wohnsitz in der Tschecho-Slowakei haben, nicht etwa das Recht, Reichsdeutsche ohne weiteres zu bleiben, sondern sie müssen ihren Willen, die deutsche Reichsangehörigkeit beizubehalten, während einer Frist von zwei Jahren nach Inkrafttreten des Friedensvertrages in dem Wege der Option kundtun, widrigenfalls sie eo ipso die deutsche Reichsangehörigkeit verlieren. Ueben sie dieses, ihr Optionsrecht zugunsten Deutschlands aus, so müssen sie binnen eines Jahres das tschecho-slowakische Gebiet verlassen.

Diese Bestimmungen haben einerseits für die Tschechen unerwünschte Folgen (weil sie die Zahl der Deutschen in der Republik vermehren), anderseits auch für Deutschland einen wirtschaftlichen Nachteil. Die Tschecho-Slowakei hat übrigens in einem eigenen Gesetze ganz unberechtigterweise sowohl diese Bestimmungen des Friedensvertrages außer Kraft gesetzt, als auch den Verhandlungen vorgegriffen, in dem sie bestimmt, daß nur solche deutsche Reichsangehörige das Options-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200625/1